

## **A10NEU2 Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*in:           Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
                                      Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

1       Unseren Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken kommt aktuell in dreifacher  
2       Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer  
3       Bürger\*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der  
4       Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und  
5       Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die  
6       Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7       Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die  
8       elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität  
9       ihrer Bürger\*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im  
10      Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort  
11      bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren  
12      Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,  
13      die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen  
14      Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von  
15      entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und  
16      Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher  
17      Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung  
18      leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der  
19      Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die  
20      kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu  
21      den Bürger\*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei  
22      von großem Vorteil.

23      Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und  
24      bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im  
25      Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben  
26      soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei  
27      Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll  
28      schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung  
29      von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen  
30      werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise  
31      finanziell auf sichere Beine stellen.

32      **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,  
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme  
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in  
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,  
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem  
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken  
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach  
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben  
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,  
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie  
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und  
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.  
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren  
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre  
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der  
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen  
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein  
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und  
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen  
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das  
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für  
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer  
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird  
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die  
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von  
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro  
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von  
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch  
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen  
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und  
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und  
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen  
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem  
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die  
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für  
70 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter  
71 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser  
72 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft  
73 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller  
74 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang  
75 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die  
76 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft

77 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift  
78 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der  
79 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent  
80 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie  
81 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in  
82 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die  
83 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

84 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen  
85 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,  
86 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei  
87 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den  
88 Bürger\*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen  
89 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und  
90 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen  
91 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise  
92 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

### 93 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 94 **unterstützen**

95 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das  
96 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und  
97 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.  
98 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und  
99 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem  
100 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele  
101 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,  
102 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte  
103 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die  
104 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für  
105 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die  
106 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung  
107 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die  
108 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als  
109 größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

110 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die  
111 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der  
112 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst  
113 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch  
114 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren  
115 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale  
116 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung  
117 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre  
118

119 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.  
120 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung  
121 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt  
122 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,  
123 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,  
124 Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

125  
126 Derzeit laufen auf europäischer Ebene die Verhandlungen für das Paket für den  
127 mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU 2021-27. Wir unterstützen die Initiative  
128 der Visegrád-4-Hauptstädte zur Stärkung der Städtedirektförderung durch die  
129 Europäische Union. Wir erkennen die zentrale Rolle der Kommunen für die  
130 wichtigen Herausforderungen der Zukunft und fordern deshalb eine Aufstockung der  
131 Direkthilfe aus der European Urban Initiative (EUI) und einen Fokus auf  
132 Nachhaltigkeit, Lebensqualität und soziale Herausforderungen und eine bessere  
Einbindung der Kommunen in das Sustainable Urban Development-Programm der EU.

133 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise  
134 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem  
135 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

136 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige  
137 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir  
138 insbesondere:

- 139 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle  
140 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der  
141 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem  
142 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund  
143 und Länder erfolgen muss;
- 144 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft  
145 auf 75 Prozent;
- 146 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale  
147 Unternehmen;
- 148 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;
- 149 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen  
150 klar begrenzten Zeitraum;
- 151 • Erhöhung der Städtebauförderung;
- 152 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,

- 153 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
- 154 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen  
155 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
- 156 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen  
157 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und  
158 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige  
159 Entwicklung beitragen.

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)